

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/10/2025

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und
Planungsausschusses am 17.09.2025,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:56 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Béla Randschau

Stadtverordnete/r

Herr Burkhard Bertram
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Dr. Detlef Steuer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Christian Hack
Herr Danny Liew

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Emma Bley
Herr Peter Egan
Herr Rolf Griesenberg
Frau Doris Köster-Bunselmeyer
Frau Hannelore Schlautmann

Sonstige, Gäste

Herr Frederik Treuel

Verwaltung

Frau Andrea Becker
Frau Jaqueline de Graaf
Herr Sönke Gerundt
Herr Stephan Lentz
Herr Tobias Römer

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2025 vom 02.07.2025
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2025 vom 16.07.2025
7. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 8.2.1. Sachstand Bebauungsplan Nr. 112 – Feuerwache Süd
 - 8.2.2. Flächennutzungsplan – Stand des Verfahrens
 - 8.2.3. Bebauungsplan 100A - Kino – Stand des Verfahrens
 - 8.2.4. Förderung Machbarkeitsstudie Bahnhof Ahrensburg-West
 - 8.2.5. Mehrkosten Einzelmaßnahme Bruno-Bröker-Haus
 - 8.2.6. Geplanter Ausbau von E-Ladeinfrastruktur durch die Stadtwerke Ahrensburg
 - 8.2.7. Sitzungstermine 2026
 - 8.2.8. Zustand im nördlichen Teil Lehmannstieg
 - 8.2.9. Antwort zur Anfrage aus der Einwohnerfragestunde vom 16.07.2025 Hamburger Straße
 - 8.2.10. Bericht aus der Verkehrsaufsicht zur Anfrage der WAB BPA 05/2025
9. Antrag zur Aufhebung des Bürgerentscheids
10. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2025

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 11. | Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026 | 2025/091 |
| 12. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 - Verfahren | 2025/084 |
| 13. | Antrag WAB - Großräumige Installation von semitransparente Lärmschutzwänden im Stadtgebiet von Ahrensburg | |
| 14. | Antrag WAB - Denkmalsgerechte Wiederherstellung des städtischen Anteils des Ahrensburger Schlossparks | |
| 15. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte am 04.09.2025 form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner und weist darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde auf 30 Minuten begrenzt ist.

Herr Bürger fragt, ob ein Calisthenic Park in Ahrensburg etabliert werden könnte. Viele Bürger*innen haben keine Mittel, um sich solche Sportgeräte selber anzuschaffen.

Weiterhin fragt er, ob Bänke, Blumen und/oder Fahrradbügel am Rondeel aufgestellt werden könnten.

Frau Becker teilt mit, dass das Thema „Calisthenic Park“ eine Angelegenheit des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses wäre. In der Verwaltung wäre Frau Eicher die richtige Ansprechpartnerin.

Herr Christen stellt seine Fragen, die er vorab per E-Mail eingebracht hat.

1. *„Sehr geehrte Mitglieder im BPA,*

In den Straßen Fritz-Reuter- Str. (zwischen Reeshoop/B.d.Doppeleiche u. Stormarnstr) sowie in der Manfred- Samusch -Str. (zwischen Reeshoop/ B.d. Doppeleiche u. An der Reitbahn) wird die Radwegebenutzungspflicht aus guten Gründen aufgehoben.

Da die Regeln zur Radwegebenutzungspflicht in der StVo vielen AutofahrerInnen nicht bekannt sind, kommt es immer wieder zu Konflikten/Kontroversen mit auf der Fahrbahn fahrenden RadfahrerInnen. Um dem vorzubeugen haben andere Städte, u.a. Köln und Hamburg, nach Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht die u.a. Schilder aufgestellt. Diese könnten beim Abbau der bestehenden Verkehrszeichen an denselben Pfählen für einen gewissen Zeitraum, z.B. 6 Monate, aufgestellt werden.

Dieses ist m.E. ein kostengünstiger Vorschlag für einen entspannteren Umgang zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern.

Mein Petitum lautet daher:

Der BPA möge beschließen, dass eines der Schilder in den betreffenden Straßen aufgestellt wird.“

2. *„Sehr geehrte Mitglieder im BPA,*

der Radweg in der Lübecker Str. (stadtauswärts zwischen Bushaltestelle Rosenhof u. der Straße Gartenholz) ist in einem erbärmlichen Zustand. Durch viele tiefe Rillen im Asphalt ist er nicht mehr zu nutzen, was auch dazu führt, dass quasi alle RadfahrerInnen den Fußweg benutzen. Bei diesem stehen aber auch Platten hoch und werden somit zu Stolperfallen für FußgängerInnen. Nebenbei sei erwähnt, dass der Radweg nicht über die erforderliche Breite von 1,50m verfügt. Platz dafür ist im Grünstreifen zur Fahrbahn hin ausreichend vorhanden.

Dieses vorausgeschickt lautet mein Petitum:

Der BPA möge beschließen, dass der oben erwähnte Bereich so schnell wie möglich instandgesetzt wird.“

Herr Gerundt antwortet auf die erste Frage. Das vorgeschlagene Verkehrszeichen ist kein Verkehrszeichen nach der StVO, sondern ein freiwilliges Schild. Weiterhin stellt Herr Gerundt fest, dass aus seiner Sicht das Zusammenspiel zwischen Fußgänger*innen und Radfahrenden relativ gut funktioniert.

Herr Christen bittet die Fraktionen um eine Stellungnahme zu seinen gestellten Fragen.

Der Ausschuss nimmt die Bitte zur Kenntnis. Eine Stellungnahme erfolgt außerhalb der Sitzung.

Frau Lampe trägt ihre Fragen vor, die sie ebenfalls vorab per E-Mail eingereicht hat (**Anlage 1**).

Herr Gerundt antwortet, dass der Zebrastreifen ausgeschrieben wurde und die Umsetzung für den Oktober 2025 geplant ist. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass Tempo 30 aufgrund des schlechten Straßenzustandes angeordnet wurde. Andernfalls würde Tempo 50 gelten. Herr Gerundt erklärt, dass die Radfahrenden die Straße nutzen müssen, wenn keine Beschilderung darauf hinweist, dass sie den Gehweg nutzen dürfen. Anderes gilt natürlich für Kinder bis 10 Jahre.

Die Verwaltung prüft diese Angelegenheit. Es gibt eine Antwort zur Niederschrift.

Die Sanierung der Fahrbahndecke ist vorgesehen für das Jahr 2026.

Herr Fleischer erkundigt sich zum Sachstand einer möglichen Vorlage zum Thema „Speicher“. Im Ausschuss des 02.07. wurde eine Vorlage für September angekündigt.

Der Vorsitzende antwortet, dass das Thema auf der Tagesordnung des BPA am 01.10.2025 steht. Eine Vorlage wird es aber erst zum 15.10.2025 geben.

Weiterhin erkundigt sich Herr Fleischer zu den Gründen des Ausschlusses der Öffentlichkeit zu einigen TOPs.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies begründet wird.

Die Einwohnerfragestunde wird um 19:2 Uhr geschlossen.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ziehen ihren Antrag zu TOP 9 „Aufhebung des Bürgerentscheids“ zurück. Ein Beschluss ist nicht notwendig. Es soll aber unter dem TOP über die Angelegenheit diskutiert werden.

Auch die CDU- Fraktion wünscht eine Beratung des Tagesordnungspunktes. Eine Beschlussfassung zu dem CDU- Antrag ist ebenfalls nicht notwendig. Die Fraktion wird den Antrag überarbeiten.

Sowohl die WAB als auch die FDP kritisieren das Vorgehen bezogen auf den TOP 9.

Die WAB macht deutlich, dass eine Beratung ohne Vorlagen nicht sinnvoll ist.

Der TOP sollte komplett abgesetzt werden und erst behandelt werden, wenn eine beschlussfähige Vorlage ausgearbeitet wurde.

Daher beantragt die WAB das Absetzen des TOPs 9.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

3	dafür (WAB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
4	dagegen (FDP, SPD, CDU)
0	Enthaltung(en)

Die Vorlage zu TOP 14 wird durch die WAB zurückgezogen und der TOP kann abgesetzt werden.

TOP 18 Hagener Allee wird abgesetzt. Die Verwaltung erarbeitet eine Vorlage.

TOP 20 wird abgesetzt, da keine Einzelbauvorhaben vorliegen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 16 - 21 in nichtöffentlicher Sitzung beraten und beschlossen werden müssen, da Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit im Sinne von § 35 Abs. 1 Satz 2 GO vorliegen. Der TOP 17.1 betrifft Interessen des Investors und eine Behandlung des TOPs 19 in öffentlicher Sitzung würde die Verhandlungsposition der Stadt Ahrensburg verschlechtern.

Der Vorsitzende lässt über die Nichtöffentlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Abschließend lässt der Vorsitzende über die gesamte Tagesordnung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2025 vom 02.07.2025

Der Vorsitzende verweist auf den Bericht zur Protokollanpassung und ergänzt einen weiteren Satz:

Unter TOP 11 zum Thema „Rahmenbedingungen für eine Sperrung des Theodor-Storm-Stieges“ wird der vorletzte Absatz wie folgt neu gefasst:

„Es gibt eine kontroverse Diskussion zwischen WAB und dem Bürgermeister über die Entscheidungskompetenz des BPA.

Im Vorgriff auf eine später zu treffende Entscheidung gibt ein Ausschussmitglied zu Bedenken, dass die Sperrung des Theodor-Storm-Stieges selbst von den betroffenen Anliegern befürwortet wird und von daher in Erwägung gezogen werden sollte. Hierzu bittet die Verwaltung, die Evaluation der Verkehrsanordnung im Wulfsdorfer Weg abzuwarten. Zudem handelt es sich bei der erwogenen Entscheidung um eine Weisungsaufgabe, in der die Auswirkungen auf das Verkehrsnetz zu beachten und abzuwägen sind. Nachdem die Ausgangslage zunächst kontrovers diskutiert wird betont ein Ausschussmitglied, dass die städtische Stellungnahme insbesondere einen Weg zu einer genehmigungsfähigen Sperrung ausweist und dabei kein Ergebnis in der zu treffenden Ermessensentscheidung umfasst und insofern keine Vorentscheidung getroffen ist.“

Abstimmungsergebnis:

6	dafür
0	dagegen
1	Enthaltung (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2025 vom 16.07.2025

Da keine Einwendungen vorliegen, gilt die Niederschrift als gebilligt.

7. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Es liegen keine Nachfragen vor.

8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

8.1. Berichte gem. § 45 c GO

8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

8.2.1. Sachstand Bebauungsplan Nr. 112 – Feuerwache Süd

Der Bericht wird als **Anlage 2** der Niederschrift beigelegt.

8.2.2. Flächennutzungsplan – Stand des Verfahrens

Der Bericht wird der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

8.2.3. Bebauungsplan 100A - Kino – Stand des Verfahrens

Der Bericht wird der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

8.2.4. Förderung Machbarkeitsstudie Bahnhof Ahrensburg-West

Der Bericht wird der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügt.

8.2.5. Mehrkosten Einzelmaßnahme Bruno-Bröker-Haus

Der Bericht wird der Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt.

8.2.6. Geplanter Ausbau von E-Ladeinfrastruktur durch die Stadtwerke Ahrensburg

Der Bericht wird der Niederschrift als **Anlage 7** beigefügt.

8.2.7. Sitzungstermine 2026

Der Bericht wird der Niederschrift als **Anlage 8** beigefügt.

8.2.8. Zustand im nördlichen Teil Lehmannstieg

Der Bericht wird der Niederschrift als **Anlage 9** beigelegt.

8.2.9. Antwort zur Anfrage aus der Einwohnerfragestunde vom 16.07.2025 Hamburger Straße

Der Bericht wird der Niederschrift als **Anlage 10** beigelegt.

8.2.1 Bericht aus der Verkehrsaufsicht zur Anfrage der WAB BPA 05/2025 0.

Herr Lentz stellt sich dem Ausschuss als Fachbereichsleiter des Fachbereiches Bürgerservice vor.

Herr Lentz beantwortet die Fragen der WAB- Fraktion aus der Sitzung des BPA 05/2025.

Es gab drei zentrale Fragen:

1. Wieviel zusätzliches Personal ist erforderlich, um die Kontrolle sowohl im Innenstadtbereich als auch im sonstigen Stadtgebiet effektiv durchführen zu können? Hierauf zielte auch die vor rund einem Jahr gestellte, aber noch nicht beantwortete Frage ab, ob sich die Kontrolle des ruhenden Verkehrs rechne.
2. Da bisher davon ausgegangen wurde, dass ein Abschleppen im Ahrensburger Verkehrsraum wegen der Angemessenheit kaum möglich ist, beurteilt man die bestehende Möglichkeit als positiv, bittet jedoch um Mitteilung, wie häufig etwa im letzten Jahr Abschleppmaßnahmen veranlasst wurden.
3. Auch bei den Anzeigen gegen Falschparker bittet man um Zahlen, etwa zu Eingängen und dem Verhältnis zu im Endeffekt eingeleiteten Verfahren. Hier stelle sich zudem die Frage der Priorisierung.

Zunächst erklärt Herr Lentz, dass der Fachdienst Verkehrsaufsicht grundsätzlich aus zwei Säulen besteht. Zum einen aus der Verkehrslenkung und zum anderen aus der Verkehrsaufsicht mit dem Schwerpunkt der Parkraumüberwachung. Die Sach-/Arbeitsplatzkosten wurden anhand des KGSt- Berichtes „Kosten eines Arbeitsplatzes 2025/2026“ angenommen. Dies dient der Vergleichbarkeit auf der Zeitachse oder bei einem Kommunalvergleich. Aus einer Gegenüberstellung der Kosten und Einnahmen in der Verkehrsaufsicht ergibt sich, dass sich die Kontrollen des ruhenden Verkehrs rechnen bzw., dass sich die Kosten tragen. Darüber hinaus würde sich vermutlich auch eine zusätzliche Stelle rechnen. Insbesondere unter der Berücksichtigung der Digitalisierung auch in diesem Bereich. Es ist angedacht, auf Verwarnzettel in Papierform zu verzichten und ggf. auf QR-Codes, die die Möglichkeit der Sofortzahlung bieten, umzustellen. Dadurch würden unserer Erwartung nach auch Ressourcen auf der Sachbearbeiterebene frei. Aus Sicht der Verwaltung ist daher bei Aufstockung um eine Stelle davon auszugehen, dass diese Maßnahme eine insgesamt effektivere Überwachung des ruhenden Verkehrs im gesamten Stadtgebiet ermöglicht und sich im Ergebnis selbst finanziert.

Weiterhin erläutert Herr Lentz, dass im Jahr 2024 insgesamt 29 und im Jahr 2025 36 Fahrzeuge abgeschleppt wurden. Die Steigerung ist insbesondere auf den Schienenersatzverkehr am U-Bahnhof Ahrensburg-West und der Vorhaltefläche für den Ersatzverkehr durch Busse auf dem gegenüberliegenden Parkplatz zurückzuführen.

Alle eingehenden Privatanzeigen werden im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens geprüft, ob alle für die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens notwendigen Angaben vorliegen und der Anzeigende seine Bereitschaft erklärt hat, in einem etwaigen Gerichtsverfahren als Zeuge aufzutreten. Auch wird im o.g. Verfahren geprüft, ob eine Ordnungswidrigkeit im Sinne der StVO vorliegt und eine Ahndung erforderlich ist. Wenn alle Voraussetzungen vorliegen, wird ein entsprechendes Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet. Ein Ordnungswidrigkeitenverfahren „garantiert“ aber nicht, dass der Betroffene sein Fehlverhalten ändert, sodass Außenstehende nicht erkennen können, inwieweit die Verkehrsaufsicht tätig geworden ist. Die Verkehrsaufsicht ist auch nicht berechtigt, Dritte über den Verfahrensstand eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens zu informieren. Die Bearbeitung von Privatanzeigen erfolgt aufgrund der personellen Kapazitäten bei der Verkehrsaufsicht derzeit nachrangig, da vorrangig dem gesetzlichen Auftrag zur Überwachung des ruhenden Verkehrs entsprochen werden muss. Die Erfassung und Auswertung von Privatanzeigen erfolgt händisch. Für 2025 sind knapp über 140 Anzeigen aufgenommen werden. Nach bisherigen Erfahrungen wird ungefähr die Hälfte aller Anzeigen aus den verschiedenen o.g. Gründen (insbes. Opportunitätsprinzip) nicht weiterverfolgt.

9. Antrag zur Aufhebung des Bürgerentscheids

Wie unter TOP 4 beschlossen, wird hier nur über die Fraktionsanträge diskutiert. Es wird keine Abstimmung geben.

Die CDU- Fraktion erläutert ihren Fraktionsantrag sowie die wesentlichen Fragestellungen, die sich aus den Beratungen im Umweltausschuss ergeben haben.

Dies sind:

1. Welche Parkplätze sind von der Formulierung „24- Stunden öffentlich zugänglichen KfZ-Stellplätzen" umfasst. Denn die Parkplätze auf dem Rathausmarkt sind an Markttagen nicht zugänglich.
→ Die CDU- Fraktion erläutert, dass von dieser Formulierung auch die Parkplätze auf dem Rathausmarkt betroffen sein sollten.
2. Was passiert mit dem provisorischen Parkplatz nach dem 26.02.2027?
→ Der provisorische Parkplatz soll nicht vorher aufgehoben werden
3. Wie genau ist Pkt. 4. des Antrages zu verstehen?
→ Die vorhandenen Planungen zur Hamburger Straße sollen lediglich überprüft werden, so die CDU- Fraktion.

Die WAB- Fraktion zitiert den Pkt. 3 des CDU- Antrages und erklärt, dass der provisorische Parkplatz lediglich für die Zeit der Baumaßnahme „Alte Reitbahn“ angedacht war und mittlerweile die Tiefgarage unter dem Edeka-Markt nutzbar ist. Die Formulierung ist so nicht konsistent. Weiterhin erkundigt sich die WAB- Fraktion über die Auswirkungen einer neuen Planung zur Hamburger Straße.

Herr Römer weist darauf hin, dass vor der Sommerpause durch die Verwaltung eine Terminalschiene skizziert wurde. Sollten neue Planungen gewollt sein, wird es zu erheblichen Verzögerungen kommen. Die Verwaltung versteht die Formulierung des Antrages aber so, dass die Planungen lediglich auf Aktualität und Konformität überprüft werden sollen. Dies ist aber ohnehin verwaltungsseitig geplant.

Die FDP- Fraktion kritisiert das Vorgehen und weist auf den chaotischen Eindruck hin, den er bei der Festsetzung der Tagesordnung gewonnen hat. Weiterhin würde durch die Aufhebung des Bürgerentscheids dem Grundgedanken eines Bürgerentscheids nicht gerecht werden. Daher würde die FDP- Fraktion dem nicht zustimmen.

Der Vorsitzende verdeutlicht ebenfalls die Probleme und Lücken des CDU- Antrages. Trotzdem sei der Grundgedanke gut, denn an der innerstädtischen Situation müsste etwas getan werden. Aber der provisorische Parkplatz auf

dem Stormarnplatz muss mitgedacht werden. Das ersatzlose Wegfallen dieses Parkplatzes und der Parkplätze in der Hamburger Straße sei sicherlich nicht im Sinne der Geschäftsleute. Die Parkplätze in der Edeka- Tiefgarage seien kein Ersatz. Diese würden als Edeka-Kundenparkplätze genutzt und wahrgenommen.

Weiterhin weist der Vorsitzende darauf hin, dass der CDU- Antrag auch rechtlich sicher aufgestellt sein sollte. Es wird ein übergeordnetes Konzept benötigt.

Die WAB macht deutlich, dass sie die heutige Behandlung dieses Tagesordnungspunkt unter den gegebenen Umständen für unsinnig hält. Die CDU- Fraktion sollte ihren Antrag so überarbeiten, dass deutlich wird, was sie wirklich wollen. Das unabhängig von dem Willen der anderen Fraktionen.

Weiterhin sagt die WAB- Fraktion, dass es keine potenzielle für Parkplätze in der Innenstadt gibt. Wäre das so einfach, hätte es längst Parkplätze gegeben.

Die CDU- Fraktion wird ihren Antrag neu formulieren.

2025/083

10. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2025

Der Ausschuss geht gemeinsam den Nachtragshaushalt durch und bespricht die für den BPA markierten Punkte.

Der Vorsitzende macht deutlich, dass aus Sicht mehrerer Fraktionen zukünftig keine pauschalen Haushaltsmittel bei dem Ausbau des Radverkehrs genehmigt werden würden. Es sollen künftig konkrete Maßnahmen genannt werden.

Der Bau- und Planungsausschuss erklärt sich mit den BPA- Budget einverstanden.

Die FDP- Fraktion wird den Nachtragshaushalt ablehnen.

Abstimmungsergebnis:

6	dafür
1	dagegen (FDP)
0	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag:

Der I. Nachtragshaushaltssatzung 2025, in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Die Verpflichtungsermächtigten (VE) erhöhen sich im Jahr 2025 von 121.462.000 € auf 134.857.000 € (vgl. **Anlage 4**).

2025/091

11. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Der Ausschuss möchte die Vorlage während der „heißen Phase“ der Haushaltsberatungen noch einmal durchgehen.

Daher wird die Vorlage zur Kenntnis genommen, soll aber in einer der kommenden Sitzungen erneut beraten werden.

2025/084

12. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 - Verfahren

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Der Ausschuss möchte die Vorlage während der „heißen Phase“ der Haushaltsberatungen noch einmal durchgehen.

Daher wird die Vorlage zur Kenntnis genommen, soll aber in einer der kommenden Sitzungen erneut beraten werden.

13. Antrag WAB - Großräumige Installation von semitransparente Lärmschutzwänden im Stadtgebiet von Ahrensburg

Die WAB- Fraktion erklärt, dass dies ein Antrag aus dem Umweltausschuss ist. Dieser wurde aber aus Sicherheitsgründen auch auf die Tagesordnung des BPA gesetzt.

Die SPD- Fraktion erklärt, dass sie diesen Antrag unterstützen.

Auch die FDP- Fraktion spricht sich für den Antrag aus.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

14. Antrag WAB - Denkmalsgerechte Wiederherstellung des städtischen Anteils des Ahrensburger Schlossparks

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 4 abgesetzt. Die Fraktion wird diesen Antrag umformulieren und erneut in den Ausschuss bringen.

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen weisen darauf hin, dass die Solarbeleuchtung im Starweg nicht funktionstüchtig ist.

Die CDU- Fraktion erkundigt sich über den Zustand des Pollers in der Manhagener Allee.

Herr Gerundt antwortet, dass die Wartung beauftragt ist.

Weiterhin wird auf die Sperrung Parkallee Ecke Christel-Schmidt-Allee hingewiesen und es wird gefragt, ob dies bekannt sei.

Auch erkundigt sich die CDU- Fraktion über den Sachstand beim Rohrbogenwerk. Die Antwort erfolgt im nichtöffentlichen Teil.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach dem Sachstand zur Belegung der Sozialwohnungen in der Alten Reitbahn.

Herr Römer sagt, dass sich das Verfahren aktuell in der rechtlichen Prüfung befindet.

Die WAB- Fraktion wünscht sich, dass die Verwaltung mehr Werbung für sich macht und auch mal über umgesetzte Maßnahmen berichtet.

Weiterhin werden diverse Themen aus dem Ausschuss angesprochen

- Querung Mühlenredder für Rollstuhlfahrer*innen und Rollatoren nicht überwindbar aufgrund des Kopfsteinpflasters
- Schranke Wulfsdorfer Weg Richtung Almende (Kleingärten) steht seit längerer Zeit offen
 - ➔ Antwort der Verwaltung: Teilweise wird ein Verschließen durch angebrachte Schlösser o.ä. verhindert
- Unfall am Bahnhof Gartenholz aufgrund parkender PKW. Der Bus musste eine Notbremsung einlegen, wodurch jemand im Bus schwer gestürzt ist
- Das Tempo 30 Schild Bargenkoppelredder Richtung Manhagener Allee ist zugewuchert
- Ampelschaltung Brückenstraße-Hamburger Straße – kann die Ampelschaltung angepasst werden. Herr Gerundt sagt, dass im Oktober ein neues Schaltgerät eingebaut werden soll
- Geschwindigkeitstafel am Braunen Hirsch zeigt nichts an, wenn dort mit einem PKW vorbeigefahren wird

Die Verwaltung nimmt die Hinweise auf.

Grundlagenermittlung tiefe Geothermie

Der Auftrag zur Erarbeitung der Potenzialanalyse wurde von den Stadtwerken Ahrensburg (SWA) an das Ingenieurbüro „Geothermie Neubrandenburg GmbH“ (GTN) vergeben. Das beauftragte Unternehmen hat langjährige Erfahrung bzgl. Tiefengeothermie und auch bereits das Projekt „Geothermie Wilhelmsburg“ sowie die Stadt Reinfeld bei der Potenzialanalyse zur Tiefengeothermie betreut. Der Durchführungszeitraum wurde für 01.09.2025 bis 30.11.2025 angesetzt. Am 02.09. fand das Kickoff zwischen SWA und GTN statt.

Die öffentliche Sitzung wird um 20:56 Uhr geschlossen.

gez. Béla Randschau
Vorsitzende/r

gez. Jaqueline de Graaf
Protokollführer/in